Morgen-Ausgabe Nr. 474 Sonnabend, 8. Oktober 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgeb. bei tägl. zweimal. Zustellung frei Haus monatl. RM. 3.20; Postbezug RM. 3.20 einschl. 48,06 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentl. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf.; außerh. Dresdens mit Abendausg. 10 Rpf.; außerh. Sachsens m. Abendausg. 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 1; Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Neuer Weltbetrug der Lügenhetze

„Deutsches Ultimatum" – „Eingebrannte Hakenkreuze"

Berlin, 7. Oktober.

Das Abkommen von München, durch das dank dem Friedenswillen und dem Verantwortungsbewußtsein der Staatsmänner der europäischen Großmächte ein Schlußstrich unter eines der schmachvollsten Kapitel der Nachkriegszeit gezogen wurde, liegt gerade eine Woche zurück, und schon hat wieder eine jener üblen Pressekampagnen eingesetzt, mit der die bekannten internationalen Drahtzieher die von den Völkern der ganzen Welt mit freudiger Genugtuung begrüßte Entspannung hintertreiben wollen.

Mit aufgelegten Lügen und plumpen Verdrehungen wird versucht, Deutschland bei der friedlichen Durchsetzung seines durch ein internationales Abkommen garantierten Rechtes zu verdächtigen und Mißtrauen unter den Partnern des Münchener Friedenswerkes zu säen. Daß daneben wieder krasse Greuelmeldungen nach dem Muster der berühmten abgehackten Kinderhände auftauchen, nimmt nicht Wunder.

So veröffentlichen schweizerische Zeitungen „Protestkundgebungen" des Pressebüros der tschecho-slowakischen Delegation in Genf gegen die von der Berliner Kommission getroffene Festsetzung der letzten Besetzungszone. Diese Entscheidung, so wagen die Tschechen zu behaupten, stehe im Widerspruch zu dem Buchstaben und dem Geist des Münchener Abkommens. Es würden völlig tschechische Gebiete von den Deutschen annektiert werden, ohne Abstimmung und ohne daß die Bevölkerung irgendeine Möglichkeit habe, sich gegen den Mißbrauch von Gewalt zu schützen. Diese Annektion erfolge gegen jedes Recht und gegen das Prinzip der freien Selbstbestimmung, auf das sich Deutschland berufen habe, um das von den Sudetendeutschen bewohnte Gebiet für sich in Anspruch zu nehmen. Mit der Besetzung von Troppau, Hohenstadt, Lundenburg, und gewisser Gebiete von Nordmähren sowie der Sprachinsel von Zwittau würden rein strategische Ziele verfolgt und verschiedene Hauptlinien zwischen Böhmen und Mähren unterbrochen, so daß das Wirtschaftsleben und die künftige Entwicklung der tschecho-slowakischen Wirtschaft in Gefahr stehe.

In einer anderen Verlautbarung wird erklärt, daß, was über die Arbeiten der Berliner Kommission durchgesickert sei, verdiene die Aufmerksamkeit Westeuropas. Die Delegierten und die Sachverständigen des Reiches hätten neuerdings territoriale Forderungen gegen die Tschecho-Slowakei erhoben, die über den rein ethischen Rahmen hinausgingen und lediglich dem deutschen Wunsche entsprächen, ein möglichst großes Gebiet mit reichen Städten und mit Industriezentren und mit wichtigen Verkehrswegen dem Reiche anzugliedern (!) Diese Städte und Zentren seien nach ihrem Volkstum rein tschechisch oder hätten eine starke tschechische Minderheit. Das Reich verlange eine Volksabstimmung in Bezirken, wo die deutsche Bevölkerung um 0,2 bis 6,5 v. H. betrage. Es stütze sich dabei auf die österreichischen Vorkriegsstatistiken, die nicht von der Muttersprache, sondern der im Verkehr mit den Behörden üblichen Umgangssprache ausgingen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Neue Aufgaben für Dresden

Die weltpolitische Entwicklung der letzten Wochen wurde in Dresden unmittelbarer und stärker erlebt als in anderen Teilen des Reiches. Das ist selbstverständlich, denn die Ostpreußen und Rheinländer waren nicht Augenzeugen der zwanzigjährigen sudetendeutschen Passion wie wir, und sie konnten auch nicht Augenzeugen der Befreiungsstunde sein, die nun geschlagen hat. In Dresden hat der Schicksalskampf unserer Volksgenossen jenseits der Grenze unmittelbare Auswirkungen gehabt. Wir sahen auf dem Hauptbahnhof und in den Flüchtlingslagern das Elend der von Haus und Hof Vertriebenen, wir sahen die in jahrelangem Kampf hart gewordenen Freikorpsmänner durch die Straßen marschieren, und wir konnten oben auf dem Erzgebirgskamm die Schüsse hören, die von den tschechischen Gewalthabern auf die fliehende Bevölkerung abgegeben wurden. Und weil wir an dem Leid der Sudetendeutschen stärker Anteil genommen haben als andere, nehmen wir auch an der grenzenlosen Freude teil, die jetzt die Städte und Dörfer jenseits der gefallenen Grenze erfüllt. Als der Führer durch sächsisches Grenzgebiet in das Nuxburger Land fuhr, da grüßte ihn ein einziger Jubelschrei, und von einer Grenze war nichts mehr zu bemerken. Nicht nur die Angehörigen des gleichen Volkes, sondern auch des gleichen Stammes säumten die Straßen, denn sinnloser wie diese ist niemals eine Grenze gewesen, die durch Städte und Dörfer, durch Häuser und Familien ging.

Nun ist sie gefallen, und in einigen Wochen werden die Landkarten, die erst im März durch die Heimkehr der Ostmark geändert werden mußten, ein neues Gesicht erhalten. Wir sind dann nicht mehr im gleichen Maße Grenzland wie bisher, sondern ein 30 bis 80 Kilometer breiter Streifen neues Reichsgebiet schiebt sich zwischen uns und die tschechische Staatsgrenze. Ein neues Raumgefühl tritt in seine Rechte, und in Dresden werden wir diese Wandlung besonders deutlich verspüren. Während die sächsische Landeshauptstadt bisher im wesentlichen einen halbkreisförmigen Sektor als Hinterland hatte, wird sie in Zukunft den Mittelpunkt eines neuen großen Lebensraumes bilden. Dieser neue Raum reicht von Karlsbad über das Kohlenrevier von Brüx, die Elbestädte Leitmeritz, Aussig und Bodenbach-Tetschen bis zu der Industrielandschaft von Gablonz und Reichenberg. Dresden ist das natürliche Zentrum dieses neuen Raumbegriffes, und für unsere Stadt ergeben sich neue Aufgaben auf allen Ebenen des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens.

Diese Entwicklung bedeutet in keiner Weise Willkür. Der älteren Generation war die Grenze zwischen Sachsen und Böhmen niemals eine Notwendigkeit, weil die Zusammengehörigkeit des Lebensraumes diesseits und jenseits der Schlagbäume für sie eine Selbstverständlichkeit war. Den Jüngeren muß diese natürliche Verbundenheit erst wieder deutlich gemacht werden. In überzeugender Weise geschah dies durch den Aufsatz von Regierungsdirektor Graefe, den Geschäftsführer des Heimatwerkes Sachsen, den wir vor zehn Tagen veröffentlichten. In diesem Aufsatz wurden überzeugende Beweise dafür gegeben, daß in Nordböhmen eine Million Menschen wohnen, die dem gleichen obersächsischen Stamme angehören wie wir und durch Mundart und Brauchtum, Kultur und Wirtschaft eine Einheit mit den Menschen unserer sächsischen Elbelandschaft bilden. Das schöne Wort des Dichters Bodenreuth, daß alle Wasser Böhmens nach Deutschland fließen, ist nicht nur Symbolik für eine jahrhundertealte Kultur- und Volksgemeinschaft, sondern eine geographische Tatsache, die allein schon die ostsächsisch-nordböhmische Einheit beweist. In früheren Zeiten gab es an dieser Einheit nie einen Zweifel. Die sudetendeutsche Wirtschaft fand in Sachsen ihr natürliches Absatzgebiet. Zehntausende von Grenzgängern arbeiteten in sächsischen Betrieben, und Dresden war der kulturelle Mittelpunkt für das böhmische Land von Karlsbad bis Reichenberg.

Die nächste Zeit wird diese natürliche Zusammengehörigkeit überraschend schnell deutlich machen. Im Vordergrund der neuen Aufgaben, die sich für Sachsen und Dresden durch die Angliederung des Sudetenlandes ergeben, steht die Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Seit Jahrzehnten haben Dresdner Werke in den nordböhmischen Industriestädten Zweigfabriken. Die Struktur und die Arbeitsmethoden der sächsischen und der böhmischen Industrie sind vielfach die gleichen. Bisher hat sich das oft in einem Konkurrenzkampf ausgewirkt, der unnatürlich war, der aber von den Tschechen besonders gefördert wurde, weil er die sudetendeutsche Wirtschaft immer stärker schädigte und damit die Entnationalisierungspolitik Prags unterstützte. In Nordböhmen fielen Fabriken und Werkstätten in Schutt und Asche, weil die Tschechen nicht das geringste Interesse an einer gesunden sudetendeutschen Wirtschaft hatten. Ihre planmäßige Verelendungspolitik in diesen Gebieten wird für immer eine der schwersten geschichtlichen Anklagen gegen das Tschechentum bleiben.

Hier gilt es nun, Wunden zu heilen und aus Ruinen neue Arbeitsstätten zu errichten. Die schlimmste Not wird

Benesch ist nach der Schweiz abgereist

Sein Vermögen ist schon dort – Präsidentenwahl einstweilen verschoben

Prag, 8. Oktober.

Der ehemalige tschecho-slowakische Staatspräsident Dr. Benesch ist am Freitagnachmittag nach der Schweiz abgereist, wo sich bekanntlich seit Jahren bereits ein großer Teil seines Vermögens befindet. Nach dem Verlassen Prags am Donnerstag begab er sich dann nach seinem Landsitz bei Tabor, von wo er die Reise in die Schweiz antrat.

Die Präsidentenwahl wird bis zur Festlegung der neuen Grenze verschoben. In einer amtlichen Mitteilung wird dazu u. a. erklärt, es sei Sache der Regierung, zu beschließen, wann es nach Bestimmung der neuen Grenzen möglich sein werde, die Nationalversammlung zur Wahl des Präsidenten und das Abgeordnetenhaus und den Senat zur Herbstsession einzuberufen.

Die ungarisch-tschechischen Verhandlungen

Budapest, 7. Oktober.

Die ungarisch-tschechischen Verhandlungen werden nach einem Einvernehmen der beiden Regierungen am Sonntag, dem 9. Oktober, abends 7 Uhr, in Komarom beginnen. Die ungarische Regierung wird in den Verhandlungen durch den Minister des Aeußeren Kanya und den Kultus- und Unterrichtsminister Graf Telecki vertreten sein. Die beiden Minister werden von Sachverständigen der verschiedenen Ministerien begleitet sein.

Die Mitglieder der Regierung hielten am Freitagabend von 6,30 bis 9 Uhr einen Ministerrat ab, der sich mit der Vorbereitung der ungarisch-tschechischen Verhandlungen in Komarom befaßte.

Am Montag Abreise der British Legion

London, 7. Oktober.

Das Hauptquartier der britischen Legion gab am Freitagabend bekannt, daß das für die Tschecho-Slowakei bestimmte Kontingent der britischen Legion nicht, wie ursprünglich erwartet, am Sonnabend abfahren wird, sondern voraussichtlich erst am Montag, dem 10. Oktober.

Deutscher Warenkredit von 150 Mill. RM an die Türkei

Das Abschlußkommuniqué über die Besprechungen in Ankara

Ankara, 7. Oktober.

Ueber die Verhandlungen, die Reichswirtschaftsminister Funk in Ankara mit dem türkischen Wirtschaftsminister Kesebir geführt hat, wurde folgendes abschließende Kommuniqué ausgegeben:

Bei den Besprechungen, die in den letzten Tagen zwischen dem Reichswirtschaftsminister und dem türkischen Wirtschaftsminister geführt wurden, sind die Grundlagen für einen von Deutschland an die Türkei einzuräumenden Kredit in Höhe von 150 Millionen RM. festgelegt worden.

Dieser Kredit soll zur Bezahlung von Aufträgen industrieller und militärischer Natur sowie von Bestellungen auf den Gebieten der öffentlichen Arbeiten und anderes mehr Verwendung finden. Die für die Durchführung eines solchen Abkommens erforderlichen Einzelbestimmungen werden im Einvernehmen zwischen den beiden Regierungen festgesetzt werden.

Am Freitagmittag gab der türkische Außenminister Rüschü Aras ein Frühstück zu Ehren von Reichsminister Funk, an dem u. a. der türkische Wirtschaftsminister Kesebir und der deutsche Botschafter v. Keller teilnahmen. Am Abend fand im Hotel Ankara Palace ein vom deutschen Botschafter v. Keller veranstalteter Empfang statt.

•

Unlängst erfolgte die Aufhebung aller Einschränkungen für die Einfuhr türkischer Waren nach Deutschland. Diese Maßnahme war nur eine klare Folge der zwischen Deutschland und seinem alten Kriegspartner schon lange bestehenden Wirtschaftsbeziehungen. Der Absatz deutscher Waren nach der Türkei war ständig im Zunehmen, und weite Teile der türkischen Industrie hatten sich auf die Fabrikate der deutschen Maschinenindustrie eingestellt, forderten deutsche Ingenieure und deutsche Ersatzteile an. Der gesunde Austausch, den Deutschland durch Import türkischer Waren und durch die Mithilfe am Aufbau des neuen türkischen Staates eingeleitet hat, findet in dem letzten Warenkredit seinen natürlichen Erfolg.

Dr. Ley in Belgrad

Belgrad, 7. Oktober.

Reichsorganisationsleiter Dr. Ley traf am Freitagnachmittag in Begleitung von Hauptamtsleiter Selzner und anderen Mitarbeitern auf dem hiesigen Flugplatz zu einem kurzen Privatbesuch ein, wo er von dem deutschen Gesandten v. Heeren und mehreren Herren der Gesandtschaft, vom Landesgruppenleiter der NSDAP und Ortsgruppenleiter Mühlmann begrüßt wurde. Gleich nach der Landung begab sich Dr. Ley mit seiner Begleitung zum Denkmal des unbekannten Soldaten auf dem Berge Avala. Dr. Ley wird am Sonnabendmittag nach Sofia weiterfliegen, wo er die Wanderausstellung des Internationalen Büros für Freude und Arbeit eröffnen wird.